

Die Asse bringt Licht in den Atom-Dschungel

Endbericht der Fraktion DIE LINKE. zum Asse-Untersuchungsausschuss (Zusammenfassung)

Am Anfang war der Wunsch der Adenauer-Regierung, Atommacht zu werden. „Ein kleiner Kreis narrete die Republik“ nannte der Historiker Detlev Möller das Folgende. Die Verantwortlichen starteten den Flug ohne Landebahn in die Atomenergie. Das dicke Ende, verharmlosend „Entsorgung“ genannt, sollte schnell gehen, wenig kosten und die rechtliche Grundlage für den Betrieb von Atomkraftwerken bieten. Gutachten wurden diesem Ansinnen angepasst, Bedenkenträger zur Seite gedrängt. Dann kaufte man das Asse-Bergwerk, betete es gesund nach dem Motto „die Asse ist trocken“ und ignorierte die gegenteiligen Fakten und Prognosen.

1988 brach das von seriösen Wissenschaftlern voraus gesagte Wasser ins Grubengebäude ein. Ab 2008 kam alles ans Licht: 126.000 Atommüllfässer teilweise unklaren Inhalts dümpeln in schlechtem Zustand in nassen Kammern vor sich hin. Ein hoch gefährlicher und -giftiger Cocktail, dessen Kontaminationen die Kammern schon verlassen haben. Zurück bleibt der größte Umweltskandal in der Geschichte der deutschen Atomindustrie. Für den Versuch einer Schadensbegrenzung kommen geschätzte drei bis vier Milliarden Euro auf die SteuerzahlerInnen zu, auch weil Ministerinnen und Minister sich nicht die Finger „schmutzig“ machen wollten an den Problemen in der Asse.

Diese Vorgänge sichtbar und ihre Auswirkungen auf anderer Salzstöcke und die Lagerung von Atommüll in Salz verstehbar zu machen, war Aufgabe des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Asse (PUA Asse). Als Mitglieder des PUA haben für die Linksfraktion Kurt Herzog und Victor Perli versucht, unter Zuarbeit des unermüdlichen „Aktenwurms“ Tobias Darge und des Juristen Stefan Baufeld, Licht ins Dunkel zu bringen. Dabei war uns wichtig, die vielfältigen Verbindungen, insbesondere zu Gorleben, immer wieder aufzuzeigen. Dass uns dabei der PUA-Vorsitzende, CDU und FDP immer wieder behinderten, um Gorleben „sauber“ für das weitere Atomgeschäft zu lassen, spricht für sich.

Wir hoffen, mit unserer Arbeit dazu beizutragen, das Märchen von der friedlichen, sauberen Atomkraft zu zerstören. Es bleibt trotzdem noch viel zu tun. Das Rückholungsprogramm für den Atommüll in der Asse ist kein Selbstgänger.

Kurt Herzog und Victor Perli

Der Skandal kocht hoch

Am 6.6.2008 brachte die Linksfraktion den Entschließungsantrag „Atommülllager Asse II: Geplantes Flutungskonzept führt zur Verseuchung der Umwelt nach 150 Jahren - Genehmigung versagen und andere Optionen wie Rückholung vorantreiben!“ in den Niedersächsischen Landtag ein. Er sollte die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass sich die Situation im Bergwerk Asse II erheblich verschärft hatte, zudem radioaktiv kontaminierte Laugen an einzelnen Lagerkammern vorlagen und der damalige Betreiber, die Helmholtz Gesellschaft (HMGU) nicht in der Lage war, ein seit langem überfälliges Schließungskonzept vorzulegen. Die Regierungsfractionen reagierten in der Debatte extrem ablehnend und beschränkten sich im Wesentlichen auf Beschimpfungen und Nazi-Vergleiche gegen die Antrag stellende Linksfraktion.

Die Kontaminationen waren zwar schon Thema in der so genannten „Asse-Begleitgruppe“ gewesen, die seit einigen Monaten ihre Arbeit aufgenommen hatte, Konsequenzen blieben aber bis dato aus. Am 10.6.2008 nahm sich auch die Presse des Themas an und am

16.6.2008 berichtete der neue Staatssekretär Stefan Birkner im Umweltausschuss des Landtages über die Lage. Seine wesentlichen Thesen waren:

1. Die Tatsachen (Kontaminationen, Laugenzuflüsse) seien seit langem bekannt.
2. Die radioaktiven Grenzwertüberschreitungen stünden nicht im Zusammenhang mit eingelagerten Atommüllfässern, sondern stammten aus Störfällen während der Einlagerungszeit (1967-78).
3. Der Umgang mit den kontaminierten Laugen erfolge im Einklang mit der Strahlenschutzverordnung.

Alle drei Aussagen waren falsch wie sich schnell heraus stellte. Sie zeigten aber eindrucklich, wie weit entfernt die Atomaufsicht, das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) unter Hans-Heinrich Sander (FDP), von der Realität entfernt war und seiner Aufsichtspflicht nicht nachkam.

SPD: Manche kommen sehr langsam

Die Fraktionen von LINKEN und Grünen reagierten auf Grund der Trag-

weite der Geschehnisse umgehend mit der Forderung auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses Asse (PUA). Leider folgte die dritte Oppositionspartei, die SPD, dieser Notwendigkeit ein ganzes Jahr lang nicht, sondern beharrte darauf, die Gelegenheit im Umweltausschuss aufzuarbeiten. Offensichtlich war sie nicht sicher, wie weit auch SPD-Minister in der Vergangenheit in die Sache involviert waren und nahm deshalb zunächst die eingeschränkten Möglichkeiten des Umweltausschusses in Kauf.

Die schon dort bei Befragungen von Asse- und BehördenvertreterInnen zu Tage tretenden unglaublichen Fakten erhöhten allerdings den Druck, sodass die SPD im Mai 2009 zusammen mit Grünen und LINKEN einen Untersuchungsausschuss mit dem jetzt erreichten Quorum beantragten. Alle fünf Fraktionen des Landtages einigten sich auf fünf Fragenkomplexe, die die Vorgänge in der Asse, aber auch ausdrücklich im Teil 5 deren Auswirkungen auf die Atommülllagerung in Salz in anderen Salzstöcken, sowie Standortauswahl etc. untersuchen sollten. Am 16.6.2009 beschloss der Landtag einstimmig den 21. PUA - Thema: Die Ereignisse in der Asse.

Flug in den Nebel: Atompolitik der 50er und 60er Jahre

Die immer wieder gehörte Formel: „Aus heutiger Sicht hätte man nicht....“ beschreibt das Chaos und interessengeleitete Vorgehen bei der Installation der Atomenergie in Deutschland nicht. Über den anfallenden Atommüll machten sich die Verantwortlichen zunächst wenig Gedanken, später versenkten sie ihn im Meer. Als dieses Verfahren vor der Ächtung stand, besann man sich auf andere „Lösungen“ und verfiel auf das Versenken in einem der Salzstöcke, die in Westdeutschland massenhaft vorhanden waren.

Der Historiker Dr. Detlev Möller beschrieb das im PUA mit den Worten: „Es gab ein Geflecht an interner politischer Bereitschaft, die Atomenergie zu fördern und der Atomindustrie ihren Atommüll zu beseitigen.“ Dabei sei Kritik insbesondere auch am Asse-Bergwerk ignoriert worden, die Endlagerung „dethematisiert“ und später Abgeordnete fehl informiert und von Ministerialbeamten wider besseres Wissen getäuscht worden. „Ein kleiner Kreis hat die Republik genarrt“, so Möller.

Das ausgebeutete Asse-Bergwerk wurde billig gekauft, weil „gesunder Menschenverstand fehlte“ und die Entscheidenden im Wesentlichen den Kaufpreis im Auge hatten.

Die Legende: Die Asse ist trocken

Die Legende „Die Asse ist trocken“ zog sich durch die Asse-Akten und Zeugenaussagen vieler Verantwortlicher. Die Asse war erwiesenermaßen nie trocken. Schacht Asse I soff nach wenigen Jahren 1906 ab, hat hydrologische Verbindungen zu Schacht Asse II. Auch dieser wies von Beginn an Laugenzuflüsse auf. Diverse „alte“ Gutachten belegen ausdrücklich die Anfälligkeit für Wasser. Der Sachverständige Dr. Detlev Eck führte den Mitgliedern des PUA anhand dieser Gutachten und Fakten chronologisch vor, wie absurd die Entscheidung war, die Asse zu kaufen. Auch das damalige Oberbergamt meldete Kritik an, dass das Bergwerk nicht geeignet sei, Atommüll aufzunehmen.

Die gutachterliche Grundlage für die Inbetriebnahme lieferte letztendlich Klaus Kühn. Der junge Geologe hatte 1966 in einem Gutachten untersucht, warum Kali-Bergwerke so oft „absoffen“. Die Hauptursache war nach seinen Erkenntnissen der zu geringe Abstand

zwischen wasserführenden Schichten des Deckgebirges und den Abbaukammern im Salz. Im zentralen Gutachten, mit dem er 1967 dem Asse-Bergwerk die Tauglichkeit für die Einlagerung von Atommüll bescheinigte, missachtete er seine eigenen Erkenntnisse, obwohl er wusste, dass der Abstand zum Wasser höchstens 40 m betrug und damit den geologischen Vorgaben für eine Atommülllagerung diametral zuwider liefen. Nicht nachvollziehbar ist auch der Umstand, dass mit Kühn einem jungen, unerfahrenen Wissenschaftler die Verantwortung zugeschoben wurde.

Versuch macht (un)klug

Die Einlagerung erfolgte nach dem Prinzip „trial and error“. Von 1967-1972 fanden vier so genannte Versuchseinlagerungen mit gut 10.000 Fässern statt. Schon dabei wurden Vorgaben der maximalen Fässerzahl großzügig überschritten. Wieviel Zeitdruck bei der Einlagerung ausgeübt wurde zeigt der Umstand, dass die erste Genehmigung im März 1967 erteilt wurde, das Hauptgutachten von Kühn aber erst am 1. November 1967 vorlag.

Spätestens ab 1971 war zudem klar, dass es sich nicht um eine „Versuchslagerung“ handelte, sondern dass die Fässer in der Asse endgültig verbleiben sollten. Dies wurde von einigen Zeugen im PUA bis heute bestritten. Von 1972-1978 erfolgte eine zunehmend hastig und damit auch schlampig vollzogene Einlagerung von letztlich fast 126.000 Fässern. Ab 1974 ging man zur „Abkipptechnik“ über. Dabei wurden Fässer einfach in den Abgrund geschüttet, mit dem hohen Wahrscheinlichkeit, dass sie durch Beschädigungen schon dort ihren Inhalt freigaben.

Die Annahmebedingungen wurden ständig den zu „entsorgenden“ Frachten angepasst. In den letzten Monaten wurden laut Zeugen Vorsichtsmaßnahmen mehr und mehr fallen gelassen und z.B. aufgetretene Kontaminationen an Fahrzeugen unzureichend entfernt. Die immer wieder erhöhte maximale Dosisleistung an der Außenseite der Fässer wurde ebenso wie die Vorgabe der Obergrenzen für Kernbrennstoffe oftmals überschritten, ohne Konsequenzen gegenüber den liefernden Atomfirmen.

In den Akten fand sich ein Briefwechsel, aus dem hervor geht, dass die Begleitscheine einer Fracht, den realen Inhalt um den Faktor 1000 untertrie-

ben. Anliefernde LKW-Fahrer sowie das Bahnpersonal wurden wenig oder gar nicht auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Letztere trugen niemals Dosimeter.

Verantwortliche Minister in den Einlagerungszeiten waren auf Bundesebene: Gerhard Stoltenberg (CDU), Hans Leusink (parteilos), Horst Ehmke (SPD), Hans Matthöfer (SPD) und Volker Hauff (SPD) und auf Landesebene Karl Möller (CDU), Helmut Greulich (SPD), Erich Küpker (FDP), Ernst Albrecht (CDU), Walter Leisler Kiep (CDU) und Birgit Breuel (CDU).

Frau Breuel tat sich 1984 noch einmal negativ hervor, als sie in Umsetzung von Industrieinteressen massiv versuchte, die Asse wieder einlagerungsfähig zu machen.

Rate mal, was drin ist

Der Inhalt der Fässer konnten bei der Anlieferung nicht überprüft werden, da lediglich die Dosisleistung an der äußeren Oberfläche gemessen wurde, Alpha-Strahler wie Plutonium also gar nicht gemessen werden konnten. Deshalb ist das wahre radioaktive Inventar bis heute unklar bzw. nur sehr vage abzuschätzen und das kann bei erfolgreicher Rückholung und anschließender Konditionierung noch zu erheblichen Schwierigkeiten führen. Die Plutonium-Inhalte mussten mehrfach nach oben korrigiert werden und auch die letztlich angegebene Menge von 28,1 kg ist nur eine Schätzung. Die Angabe von lediglich ca. 1.400 Gebinden mit mittelradioaktivem Abfall erwies sich als gezielte Vertuschung. Durch verlorene Betonabschirmungen (VBA) wurde eigentlich mittelradioaktives Material flugs in schwachaktives „umbenannt“. Erst durch intensive Befragungen stellte sich heraus, dass real rund 14.000 Fässer mittelaktives Material in der Asse lagern.

Welche Denkweise teilweise bis heute in Ministerien vorherrscht zeigte sich z.B. darin, dass die Abteilungsleiterin im Bundesforschungsministerium, Frau Dr. Beatrix Vierkorn-Rudolph, auf die Frage, was denn nun eher in der Asse gelagert sei, Kernenergieabfälle oder Handschuhe, antwortete „eher Handschuhe“. Und das trotz des Umstands, dass mindestens 75% der Abfälle aus Atomkraftwerken stammt, die quasi über die Wiederaufarbeitung und Konditionierung in Karlsruhe „gewaschen“ wurden.

Strahlensch(m)utz

Es verschlug einem die Sprache, mit welcher inkompetenten Lässigkeit die Asse-Verantwortlichen über ihren Umgang mit dem Strahlenschutz berichteten. Allein der Maßnahmenkatalog, der im 1. Statusbericht des Umweltministeriums vom September 2009 aufgelistet ist, offenbart eklatante Mängel in punkto Sicherheit für das Asse-Personal. Er zeigt aber auch, dass die zuständigen niedersächsischen Behörden und MinisterInnen sanft vor sich hin dösten, anstatt engmaschig eine wirkungsvolle Aufsicht auszuüben und dafür zu sorgen, dass z.B. auch das Minimierungsgebot für Strahlung vom Betreiber umgesetzt wird.

Die radioaktiven Kontaminationen von Laugen im Bergwerk, die schon früh in den 90er Jahren erheblich über den Grenzwerten lagen (z.B. lag für Tritium 1993 eine 75-fache Überschreitung vor), wurden in einer völlig untauglichen Informationskette nicht weitergegeben und vom Ladesbergamt (LBEG) und auch vom Umweltministerium (NMU) „nicht bemerkt“. Ebenso wenig die Tatsache, dass kontaminierte Lauge ohne Genehmigung nach Strahlenschutzverordnung in den Tiefenaufschluss gepumpt und als gesprühter Zusatz auf den eingebrachten Salzgrus verwendet wurde. Der nach 2008 als Bauernopfer disziplinierte einzelne Ministerialbeamte ändert an der unzureichenden Arbeitsauffassung im Ministerium und im Bergamt nichts.

Auch die Formulierung des Asse-Strahlenschutzbeauftragten in einer Mail an den Landkreis Wolfenbüttel im April 2008, die Werte lägen „im natürlichen Bereich“ spricht Bände über die fahrlässige Verhaltensweise. Nachweisbar sind auch zahlreiche Verstöße gegen die Annahmebedingungen, d.h. massive Strahlungs-Überschreitungen sowie verboten-erweise die Anlieferung flüssiger oder pulverförmiger Materialien. Diese wurden erst zufällig bei Unfällen bemerkt. Festgehalten wurden über 200 Kontaminationsereignisse. Aktenfunde wiesen auch Überschreitungen durch Radon nach. Auch das in seiner schädlichen Wirkung wissenschaftlich umstrittene Tritium trat in hohen Konzentrationen auf, deren Herkunft nicht geklärt werden konnte.

Die Befragung von Mitarbeitern ergab untragbare Versäumnisse in Hinsicht auf regelmäßige Schulungen über Strahlen-gefahren. Dosimeter wurden nicht

durchgängig getragen, selbst im Kontrollbereich. Das 2010 durchgeführte nachträgliche Monitoring der Mitarbeiter kann deshalb auch nicht als abdeckend angesehen werden. Arbeiter von Fremdfirmen wurden nicht erfasst, ebenso nicht die Bahnarbeiter.

1988: Wasser marsch!

Trotz aller Warnungen in „alten“ Gutachten und trotz der einen Wasser-einbruch vorhersagenden Studie von Helge Jürgens aus dem Jahr 1979 wurde die Gefahr durch mögliche Wassereintrüche weit unterschätzt.

1988 trat dann das von Jürgens prognostizierte Szenario ein. Bis heute fließt Lauge aus dem Deckgebirge zu, aktuell ca. 12 m³ pro Tag. Dabei wurde von Verantwortlichen wie Klaus Kühn (Leiter des Instituts für Tiefenlagerung, IFT) viele Jahre geleugnet, dass die Lauge aus dem Deckgebirge zufließt und nach außen als vom Salz eingeschlossene „Urlauge“ herunter gespielt. In diesem Zusammenhang wurde dem Wissenschaftler Dr. Horst-Jürgen Herbert untersagt, in seiner Habilitationsschrift von Deckgebirgszuflüssen zu sprechen. Ebenso erging es schon 1979 einem niederländischen Bergbauingenieur, dem in seiner Diplomarbeit seine kritischen Berechnungen zu problematischen Druckentwicklungen im Bergwerk in Abrede gestellt wurden. Die Öffentlichkeit wurde über die Vorkommnisse der Wasserzuflüsse von Behördenvertretern und Grubenleitung systematisch getäuscht.

Bergrecht oder Atomrecht, wie hätten wir´s denn gern?

In den 90er Jahren wurde im Zusammenhang mit einer geplanten Schließung der Asse ausführlich darüber gestritten, ob dafür das Bergrecht oder das Atomrecht anzuwenden sei, dass deutlich mehr Bürgerrechte vorsieht. Die zuständigen Ministerien entschieden sich fürs Bergrecht. Dabei wäre es insbesondere in der Amtszeit rot-grüner MinisterInnen durchaus möglich gewesen, nach Atomrecht vorzugehen. Lapidar schob Jürgen Trittin (damals grüner Bundesumweltminister) auf eine entsprechende Frage die Verantwortlichkeit auf seinen niedersächsischen Amtskollegen Wolfgang Jüttner (SPD). „Jüttner hätte es doch machen können.“

Wie die heutige Entwicklung zeigt, war und ist es möglich, Atomrecht anzuwen-

den, wenn man denn gewollt hätte.

Rettet die „Salzlinie“!

Trotz intensiver früher warnender Hinweise von Wissenschaftlern wie Prof. Eckhard Grimmel oder Prof. Klaus Dumphorn hielten die entscheidenden Ministerien daran fest, Atommüll in Deutschland im wasseranfalligen Salz nicht rückholbar versenken zu wollen. Diese sogenannte Salzlinie geriet allerdings mehrfach in Gefahr. Dabei wurden die diesbezüglichen negativen Erkenntnisse aus der Asse in keiner Weise genutzt, um ähnliche Fehler bei der Erkundung des ohne Vergleich und ausreichende Fachkriterien autokratisch (durch Ministerpräsident Ernst Albrecht mit dem Finger auf der Landkarte) festgelegten Salzstock Gorleben-Rambow zu vermeiden.

Im Gegenteil: Kritische Stimmen wurden und werden bis heute diskreditiert und mundtot gemacht. So wurde der für die obertägige Erkundung in Gorleben zuständige Projektleiter Klaus Dumphorn nach seiner ablehnenden Beurteilung Gorlebens 1981 schlicht „aussortiert“. Zwei Jahre später wurde der Endbericht seiner Nachfolger auch noch auf Weisung aus den Bonner Ministerien „salzfreundlich“ verändert und die Erkundung von vorgeschlagenen Alternativstandorten herausgestrichen. Auch der „Hilferuf“ des durchaus atomfreundlichen damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Prof. Alexander Kaul, mittels eines in den Akten vorliegenden Briefes vom Februar 1996 an die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel führte nicht zu Änderung der Endlagerungspolitik. Darin beschrieb er explizit die Probleme in der Asse. Angela Merkel antwortete nicht darauf, befürwortete allerdings auch zeitgleich massiv die Salzlinie, indem sie z.B. im Herbst 1995 das Land Sachsen-Anhalt anwies, im ähnlich maroden Salzbergwerk Morsleben westdeutschen Atommüll einzulagern. Dabei wies sie auch noch an, die Abkipptechnik zu nutzen.

Alle zuständigen Ministerien ignorierten weiterhin die Tatsache, dass ebenfalls 1995 die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) eine Vergleichsstudie über die Tauglichkeit von 41 norddeutschen Salzstöcken für Endlagerzwecke erstellte. Darin war Gorleben extra nicht einbezogen, hätte aber nach den zugrunde gelegten Kriterien als einer der

schlechtesten eingeordnet und wegen u.a. fehlendem intakten Deckgebirge aussortiert werden müssen.

The missing link: Versuche mit hochradioaktivem Müll fallen aus

Anfang der 90er Jahre sollten in der Asse Versuche mit hochradioaktivem Atommüll (HAW) durchgeführt werden, um zu testen, wie Salz auf hohe Temperaturen (über 200 Grad Celsius) und hohe Neutronenbestrahlung reagiert. Die Kohl-Regierung brach dieses Vorhaben allerdings noch vor Beginn ab. Als Grund wurde im wesentlichen Geldmangel angegeben. Damit fehlt bis heute der Nachweis, dass Salz überhaupt geeignet ist für die Einlagerung von HAW. Arbeiten wie die des niederländischen Wissenschaftlers Prof. H.W. den Hartog, der durch seine Versuche zu dem Schluss kam, Salz sei wegen unkontrollierbarer radiolytischer Reaktionen absolut untauglich, wurden und werden bis heute abqualifiziert und ignoriert. Verantwortlich ist dafür das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) unter Präsident Wolfram König und das Bundesumweltministerium (BMU). Der frühere und wieder eingesetzte Abteilungsleiter, der „alte Bekannte“ Gerald Hennenhöfer verstieg sich als Zeuge zu der Aussage: Einwände kritischer Wissenschaftler nähme er nicht ernst, weil die ja nur neue Forschungsaufträge haben wollten.

Der Asse-Betreiber muss zum Jagen getragen werden

Schon 1980 äußerte der damalige Bergdirektor Fleisch laut Vermerk, er gehe nicht davon aus, dass der Betreiber GSF/Helmholtz (HMGU) etwas Vernünftiges liefern werde. Die übergeordnete zuständige Behörde, das Bundesforschungsministerium BMBF (inklusive der Minister aller politischen Schattierungen), verschloss davor bis 2008 alle Augen. Die notwendige Stabilisierung des standunsicheren Bergwerks gelang wegen der falschen Wahl von Salzgrus für die Verfüllung der ausgebeuteten Kammern nicht.

Ebenso wurde die Erstellung eines Schließungskonzeptes immer wieder verschleppt. Der als letztes vorgelegte sogenannte Herleitungsbericht wurde Ende 2007 vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) dermaßen zerpfückt, dass man nur von höchster Inkompetenz des Asse-Betreibers GSF/Helmholtz

sprechen kann. Aber auch zu diesem Zeitpunkt gab es im Bundesforschungsministerium (BMBF) keinerlei Anstrengungen, die Zustände zu verändern. Dabei war in den Akten sehr auffällig, dass der Betreiber selbst mehrfach seine Überforderung für die Erstellung eines Schließungskonzeptes kundgetan hatte, darauf aber von Seiten der Ministerien überhaupt nicht reagiert wurde.

Heillose, destruktive Konkurrenz zwischen den Ministerien

Zu allen Zeiten gab es laut unzähliger Fundstellen in den Akten eine heftige Konkurrenz zwischen den befassten Ministerien und Behörden. Selten ging es um echte Lösungsversuche, meist um Recht haben und noch mehr um Machterhalt oder -ausbau. Auch zwischen Bundes- und Landesebene schwelte ein fortwährender Kampf um die Vorherrschaft. Insbesondere nach der rot-grünen Regierungsübernahme in Niedersachsen 1990 wurde seitens Schwarz-Gelb im Bund und von Klaus Kühn massiv polemisiert gegen niedersächsische MinisterInnen und deren Häuser. Aber auch als die politischen Farben in Bund und Land stimmig waren und ab 1998 dort erklärte AtomkraftgegnerInnen in Berlin die Politik bestimmten, wurden die Ergebnisse nicht besser. Im Prinzip war allen MinisterInnen klar, dass man sich mit der Asse keine „Sporen verdienen“ konnte. Der unkooperative Umgang der Minister Trittin (Bund) und Jüttner (Land) ist ein Beispiel dafür. Überhaupt nicht nachvollziehbar ist auch die Tatsache, dass die Asse im sogenannten Konsens-Vertrag zwischen Regierung und Atombetreibern 2000/2001 überhaupt keine Rolle spielte. Darauf befragt wich Jürgen Trittin beredt aus. Auf diese Weise erließ Rot-Grün damit der Atomindustrie bis zu 4 Mrd. €, die jetzt der Steuerzahler aufbringen muss.

MinisterInnen hätten es in der Hand gehabt

Die oben aufgeführten MinisterInnen tragen die Verantwortung für die über Jahrzehnte verkorkste politische Grundlinie der Atommülllagerung, für den Erwerb der Asse, die Einlagerungsphase und den mangelnden Willen einer seriösen Abkehr vom Irrweg Asse als Endlager. Nach dem endgültigen Aus für weitere Einlagerungen 1981 machten es die NachfolgerInnen nicht viel besser

Bundesebene: Andreas von Bülow (SPD), Heinz Riesenhuber (CDU), Matthias Wissmann (CDU), Paul Krüger (CDU), Jürgen Rüttgers (CDU), Angela Merkel (CDU), Sigmar Gabriel (SPD), Edelgard Bulmahn (SPD) und Anette Schavan (CDU) sowie Landesebene: Hermann Schnipkoweit (CDU), Walter Hirche (FDP), Peter Fischer (SPD), Monika Griefahn (SPD), Wolfgang Jüttner (SPD), Hans-Heinrich Sander (FDP). Auch die jeweiligen Bundeskanzler und niedersächsischen Ministerpräsidenten haben die Asse in keiner Weise einer fachgerechten Schließung zugeführt, geschweige denn zur Chefsache gemacht: Helmut Kohl (CDU), Gerhard Schröder (SPD), Gerhard Glogowski (SPD), Sigmar Gabriel (SPD), Christian Wulff (CDU), Angela Merkel (CDU).

Alle hatten die Möglichkeit, den „Atom-Sumpf“ Asse seriös anzugehen, gerade weil dort der GAU drohte. Sie taten es nicht, auch nicht die erklärten AtomenergiegegnerInnen unter Ihnen von SPD und Grünen. Als einziger der in den Untersuchungsausschuss Vorgeladenen bekannte sich Volker Hauff zu grundlegenden Fehlern. DIE LINKE hätte es außerdem für unbedingt nötig gehalten, auch Angela Merkel vorzuladen, weil ihre Entscheidungen Mitte der 90er Jahre die wesentlichen Weichenstellungen darstellten - nicht nur für die Nicht-Lösung des Asse-Problems, sondern auch für das Festhalten am untauglichen Salzstock in Gorleben.

Die Öffentlichkeit hinters Licht geführt

Ein unrühmliches Paradebeispiel für zielgerichtete Desinformation der Öffentlichkeit und insbesondere der AnwohnerInnen war die Art der Öffentlichkeitsarbeit von Behörden und Ministerien in Bezug auf die Asse. Ohne die beharrliche Aufklärungsarbeit der Asse-Bürgerinitiativen und einzelner örtlicher Bundestags- und Landtagsabgeordneter wäre das Asse-Desaster überhaupt nicht hinterfragt, geschweige denn publik geworden.

Alle wesentlichen Fakten, Vorkommnisse, Planungen, Probleme, Unfälle etc. wurden der Bevölkerung weitgehend vorenthalten, verharmlost oder falsch dargestellt. Jahrelang ließ sich die Bundesregierung die Öffentlichkeitsarbeit vom Deutschen Atomforum bezahlen. Der Bock war wieder einmal Gärtner!

Die Rolle der Asse: Versuchs-, Forschungs-, Entsorgungs(end)lager? Prototyp?

Bezeichnend war das ständige Gerangel mit den Zeugen im Untersuchungsausschuss, was denn die Asse eigentlich war: Versuchs-, Forschungs- oder Entsorgungs-/End-Lager. Fast alle Ministerialbeamten und Behördenvertreter wollten den Begriff Endlager nicht verwenden, obwohl seit 1971 schon offen von nicht rückholbarer Endlagerung gesprochen wurde und spätestens mit Beginn der Abkipptechnik 1974 jedem klar sein musste: „Da soll nichts wieder raus!“ Die überhastete Endphase der Einlagerung bis zum 31.12.1978 nach dem Motto „rein da, was wir noch schaffen“ hatte mit Versuchseinlagerung oder Forschung aber auch gar nichts zu tun. Hier ging es um billige Entsorgung ohne Rücksicht auf Verluste.

Insofern Forschung betrieben wurde, lief der letzte Versuch, der „Auslaugversuch“ bis 2002. Ergebnis: Nach 20 Jahren schon hat in Beton gegossener Atommüll, der in Wasser steht, 50 % seines Cäsium 137-Gehaltes freigegeben. Die wichtigste Forschung, die mit hochradioaktivem Atommüll (HAW), wurde nicht durchgeführt. Den Atomenergiebetreibern wurde das lukrative Leben sehr, sehr leicht gemacht: Sämtliche zeitlichen Flaschenhälse wurden in ihrem Sinne gelöst, indem man alles annahm was angeliefert wurde, lax kontrollierte und so gut wie keine Gebühren verlangte. Eine wesentliche Rolle der Asse war ihre Funktion als „Entsorgungs“-Nachweis für die expandierende Atomindustrie. Über Zukunft und Langzeitsicherheit wurde kaum nachgedacht. Trotz aller fehlgeschlagenen Versuche, Salz als trockenes, für die Endlagerung geeignetes Medium herauszustellen blieb die Asse der Prototyp für ein Endlager in Gorleben. Dass sie ein so eklatant negatives Beispiel war, führte dann in einer Art Fluchtnach-vorn-Verhalten dazu, dass Gorleben bis heute gegenüber dem Prototyp Asse mit etlichen Vorzügen heraus gestellt wird.

„Gorleben ist nicht die Asse“!

Der Standort muss gesichert bleiben

Mit dieser Binsenweisheit wurde immer wieder von diversen Zeugen versucht, das totale Scheitern der Lage-

rung von Atommüll in der Asse als Einzelergebnis herunterzuspielen. Der Fragenkomplex 5 des PUA-Auftrages sollte insbesondere die Auswirkungen des Asse-Desasters auf andere Salzstandorte, auf die „Eignung von Salzstöcken“, „die Übertragbarkeit der Erkenntnisse auf andere potenzielle Salzstöcke“ ergründet werden. Es sollte geklärt werden, „welche Maßnahmen, Strategien und Pläne von den Behörden des Landes Niedersachsen verfolgt werden, damit sich Vorfälle wie in der Schachanlage Asse II nicht wiederholen“ und „welche Konsequenzen die Ereignisse haben zur Klärung der Frage nach der Endlagerung radioaktiver Stoffe an vergleichbaren Standorten“. Alles eindeutige Fragen nach anderen Salzstandorten, von denen in Niedersachsen seit 1977 (also 1 Jahr vor Beendigung der Einlagerung in der Asse) ein einziger untersucht wird: Gorleben.

Trotz dieses klaren Auftrages wurde von Seiten der Regierungsfractionen, aber insbesondere vom ersten Vorsitzenden Jens Nacke (CDU) immer wieder massiv versucht, kritische Fragen aus diesem Komplex zu unterbinden. Dass in Gorleben die gleichen Protagonisten am Werk waren und sind sollte nicht deutlich werden. Ebenso wenig, dass Auswahl und Ausbau des Salzstocks Gorleben nicht nach geologischen Kriterien, schon gar nicht in einem seriösen Vergleich und erst recht nicht nach Abwägung des Asse-Desasters erfolgte. Wir hatten den Eindruck, dass die Behinderungen der Fragen seitens der Linksfraktion dazu dienen sollten, Gorleben zu retten. Dabei zeigen sich erhebliche Parallelen zu den Vorgängen in der Asse: Kein Vergleich bei der Auswahl, das Ignorieren kritischer wissenschaftlicher Expertise und geologischer K.o.-Fakten bis heute, fehlende Öffentlichkeitsbeteiligung und gezielte Desinformation, Verwendung des beteiligungsunfreundlichen Bergrechts statt des Atomrechts und das Fehlen belastbarer Sicherheitsanforderungen vor Auswahl des Standorts.

Verantwortung heißt: Rückhaltlos aufdecken und verändern

Nur eine vielleicht auch schmerzliche Diagnose kann zu einer guten Therapie führen. Nur die klare Benennung von Fehlern kann eine Wiederholung vermeiden. Dazu gehört, Verantwortlichei-

ten Beteiligten zu erkennen, insbesondere politische. Dazu gehört weiter eine bedingungslose Abkehr vorzunehmen von dem bisher herrschenden Grundprinzip „trial and error“ bei der Nutzung der (un)friedlichen Atomenergie und der Frage der Lagerung von Atommüll. Es darf sich nicht wiederholen, dass „ein kleiner Kreis die Republik narrt“ wie der Historiker Möller es treffend ausdrückte. Kuhhandel und faule Parteienkompromisse ersetzen in keiner Weise eine offene gesellschaftliche Debatte und folgendes seriöses Handeln.

Die im Rahmen der Endlagerstandortsuche betroffene Bevölkerung in ausgewählten Kommunen wird allen Versuchen eine Absage erteilen, die darauf zielen, ihr wie an der Asse oder in Gorleben ein Projekt überzustülpen, das auf falschen und intransparenten Grundannahmen beruht. Einem Endlagerprojekt, das hinter den Kulissen vorangetrieben wird und bei dem die Menschen leider draußen bleiben müssen, sowie letztlich mit den Folgen allein gelassen werden, wird niemand zustimmen.

Die Formel „damals wusste man nicht mehr“ trifft die fatale, sich gegenseitig als Alibi heranziehende Verantwortungslosigkeit in Politik, Ministerien, Behörden und Instituten nicht. Man wusste, aber man wollte nicht - oder besser: Man rollte einen roten Teppich aus für die Atomindustrie.

Und das brachte die Asse selbst, die örtlichen Bürgerinitiativen und der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Asse ans Licht. Sorgen wir dafür, dass sich Versagen, Vertuschen und Verantwortungslosigkeit wie in der Asse nicht wiederholen, z.B. in Gorleben.